

Frau Professor Römmele, die Union liegt nun in allen relevanten Umfragen hinter den Grünen. Was ist denn hier bitte los?

Viel. Früher war die CDU als Kanzlerwahlverein bekannt, das heißt, die Partei stand immer geschlossen hinter ihrem Spitzenkandidaten. Genau das sehen wir gerade nicht. Der Kandidat ist maximal angezählt, an der Basis unbeliebt, es herrscht keine Einigkeit, es gibt kein Programm – und das ausgerechnet zu Beginn des Wahlkampfes. Die Ausgangslage ist also bescheiden. Und dann ist ja auch noch das Verhältnis zur Schwesterpartei CSU angespannt.

Ist das noch Ausdruck einer momentanen Krise, ausgelöst durch interne Machtkämpfe, oder erleben wir gerade tektonische Veränderungen der politischen Landschaft?

Wir dürfen nicht vergessen, die Union stand schon vor der Pandemie nicht sonderlich gut da. Letztlich waren es immer Frau Merkels Popularitätswerte, die die Risse, die in den letzten Jahren entstanden waren, kaschierten. Erst jetzt, zum Ende der Ära Merkel, werden diese Verwerfungen sichtbar. Und eines ist auch klar: Nach 16 Jahren an der Regierung sind gewisse Abnutzungserscheinungen normal.

Die CDU ist erschöpft vom Regieren?

Absolut. Und auch wenn wir es in Deutschland seltener erleben als in anderen Ländern: Einer der zentralsten Punkte der Demokratie ist der Machtwechsel von einer Partei zu einer anderen.

Wie groß ist die Gefahr für die Union, dass ihr bundesweit droht, was in Baden-Württemberg begonnen hat: der Niedergang einer Staatspartei innerhalb von zehn Jahren?

Baden-Württemberg ist tatsächlich die Blaupause für die Grünen



Andrea Römmele, Professorin an der Berliner Hertie School

„Der Kandidat ist maximal angezählt“

Politikwissenschaftlerin Andrea Römmele über die Krise der letzten Volkspartei – die größere Probleme hat als ihren Kandidaten

im Bund: Winfried Kretschmann ist für Konservative absolut wählbar, wie die Wählerwanderungen gezeigt haben. Die Grünen sind eine ernsthafte Alternative für unzufriedene oder enttäuschte CDU-Wähler.

Und ist das nun der Beginn von tiefgreifenden Veränderungen?

Das kann sehr gut sein. Es wird sich vielleicht erst zeigen, wenn die Grünen auch im Bund mal ein, zwei Jahre regiert oder zumindest mitregiert haben. Parteiensysteme sind keine eingefrorenen Strukturen, sie spiegeln Veränderungen in der

Gesellschaft wider. Neue Parteien entstehen, alte verändern sich.

These: Die Krise ist das Ergebnis einer schleichenden Entkernung der Partei unter Angela Merkel. Antithese: Weil die Kanzlerin nicht mehr antritt, schmilzt der Merkel-Bonus in den Umfragewerten der Union. Wie lautet Ihre Synthese?

Es war keine Entkernung, sondern eine Verschiebung der Union – weg vom Konservativen, hin zur Mitte der Gesellschaft. Angela Merkel hätte ebenso gut eine sozialdemokratische Kanzlerin sein können. Das hat so

lange niemanden gestört, wie sie dank ihrer hohen Popularitätswerte für die Partei Traumergebnisse einfuhr. Doch das ist nun vorbei. Und jetzt hat die CDU den Schlamassel: Die Partei hat sich weit vom ursprünglichen Markenkern entfernt, und weit und breit ist keine allseits beliebte Führungsfigur zu sehen.

Was würde es für das Land bedeuten, wenn nach der SPD nun auch die letzte Volkspartei ins Siechtum kommt?

Ich verstehe gar nicht, warum es nur mit Volksparteien funktionieren soll. Im Grundgesetz heißt es, dass Parteien bei der Willensbildung mitwirken, aber es steht nirgendwo, dass es Volksparteien sein müssen. Es bricht nichts zusammen, wenn wir stattdessen mehrere 20-Prozent-Parteien haben, es macht allerdings das Regieren komplizierter.

Die CDU steht für viele erfolgreiche Jahrzehnte Nachkriegsdeutschland. Sie hat unterschiedliche Milieus zusammengeführt, für gesellschaftlichen Ausgleich gesorgt. Wer sollte sie denn ersetzen?

Wie ich schon sagte: Parteiensysteme verändern sich – aber die CDU wird nicht in der Versenkung verschwinden.

Wir reden momentan nur darüber, ob sie den Kanzler stellen wird oder eben nicht. Aber sie wird entweder stärkste oder zweitstärkste Kraft im Land.

Wir werden die Wiederauferstehung der CDU erleben?

Die Partei stellt sechs Ministerpräsidenten, plus Markus Söder in Bayern. Es ist noch ein bisschen zu früh, das Totenglockchen zu läuten. Und ich bin nicht in Sorge, dass das Land unregierbar wird, nur weil es keine Parteien mehr gibt, die regelmäßig über 30 Prozent der Stimmen holen. Das ist eben das neue Normal.

Interview: Jan Rosenkranz